

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags aus-
genommen. Der Einzelpreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin
10.- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Groß-
Berlin nehmen sämtliche Bohlenhändler Bestellungen entgegen. Unter Erwerb
besten für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M.
Insgesamt halbes Jahr, drei Bände für Deutschland und Österreich 30.- M.
Abbestellen, Expedition und Verlag: Berlin S. O. Breite Straße 34.

Die achtseitige Anzeigenzeile über deren Raum kostet 4.- M. einschließlich
Leitungsgeld. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.- M., jedes weitere
Wort 1,50 M., einschließlich Leitungsgeld. Leisende Anzeigen laut Tarif.
Familien-Anzeigen und Stellen-Anzeigen 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Anzeige
in Waren-Anzeigen des fertigen Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4603, 4626, 4649, 4923

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Rettung vor den Hohenzollern

Die Gefahr im Sommer 1919

Vor dem Schöffengericht in Königsberg fand am letzten Sonnabend ein Befeidigungsprozess statt, der weit über die Grenzen Ostpreußens hinaus von Bedeutung ist. Der Redakteur des Ostpreussischen Heftblattes „Deutsche Aufgaben“, Herr Bedemann, hatte den früheren Oberpräsidenten von Batocki den Vorwurf der Feigheit gemacht, weil er mit der Revolution kollaboriert und im Sommer 1919 eine nationalistische Erhebung in Ostpreußen verhindert habe. Der Prozess führt uns mitten in die Wiederbestimmung vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages hinein und deutet die großen Gefahren an, die damals die deutsche Republik bedrohten. Der Kläger, Herr von Batocki, führte zuerst aus, daß er nach der Revolution im Amt geblieben sei und mit dem Arbeiter- und Soldatenrat kollaboriert habe, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Zusammenfassend führte er dann aus:

Schon damals bestand die ständige Angst vor einem Putsch von rechts. Ich versprach alles zu tun, um den Putsch zu verhindern und habe deshalb auch mit Herrn Rapp mehrfache Zusammenkünfte gehabt. Als in der Provinz Ordnung geschaffen war, konnte man sich mit der Polenfrage beschäftigen. Viele glaubten, Wilton oder Scheidemann werden helfen. Über von Berlin aus geschah nichts. Eine Partei nach der anderen fiel um, der Frieden wurde unterzeichnet. Es war damals eine große militärische Bewegung für die Verteidigung der Ostmark vorhanden. Nur die Sozialdemokraten waren dagegen und drohten im Fall eines militärischen Vorgehens mit dem Generallstreik. Ich schrieb damals einen Artikel, daß ich die ostpreussischen Provinzen selbständig machen müßten. Schon im Oktober 1918, als der Kaiser noch in der Regierung war, wurden von konsensuellen Leuten Verhandlungen mit Litauen und Polen angeknüpft. Das wurde damals unfruchtbar. Als aber die Revolution ausbrach, bemerkte ich, daß das ostpreussische Volk so ruhig blieb.

Vor dem Friedensvertrag wurde dann vielfach der Plan besprochen, aus Ostpreußen, Westpreußen und Bromberg einen selbständigen Staat zu bilden. Wenn das Reich den Friedensvertrag unterzeichnete, sollte sich der geplante Oststaat für selbständig erklären. Dieser Gedanke ist leider, ich glaube nicht durch meine Schuld, totgelaufen. In Berlin wurden die Abgeordneten der Ostprovinzen zusammenberufen und Verhandlungen angebahnt. Nur die Abgeordnete, Frau Schirrmacher unterstützte mich, die Regierung aber sagte, ein bewaffneter Aufstand dürfe nicht gemacht werden. Am 22. Juni erhielt ich dann die Nachricht, daß die Truppen zum Kampf entschlossen seien. In Danzig ergriff ich aber General Otis von Below einen Tag später, hatte mit ihm ein Gespräch. Hat in Königsberg der Plan sei endgültig ausgegeben. Hat in Königsberg war die Stimmung noch sehr lebhaft. Auch General Scholz in Allenstein erklärte, er wolle mit seinen Truppen noch kämpfen. Ich war schon zu spät. Die Danziger Arbeiter wollten die Kanonen demolieren, der Generallstreik wäre tödlich ausgebrochen, es müßte also abgeblasen werden.

Regierungspräsident von Bälou (Schnelldemühl) sagte als Begegnung: „Es wurde damals die Gründung eines Oststaates ernstlich erwogen, der sich mehr oder weniger loslösen sollte vom Deutschen Reich. Ich habe mich zunächst ablehnend dazu verhalten. ... So viel mir bekannt ist, hat sich Herr von Batocki etwas näher mit diesem Gedanken eingelassen. Oberpräsident von Batocki, Oberpräsident Schnadenburg und ich als stellvertretender Oberpräsident von Posen, waren als Führer des neuen Staates auszuwählen. Die Führer der Grenzschutztruppen hatten einen Vorwarsch vorbereitet. Man hoffte ganz Posen zurückzuerobern.“

In der Provinz Posen waren Volkstürme eingesetzt. Man hauptsächlich auch Geheimrat Kleinow beteiligt war. Moran hatte eine nationale Hochstimmung hervorgerufen, und wir brauchten diese Hochstimmung, wenn wir Posen erobern wollten. Zweitens brauchten wir sie, um einen moralischen Eindruck auf die Entente auszuüben, die einsehen sollte, daß der Osten sich den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages wahrscheinlich nicht fügen würde. Die Führer der Bewegung waren keine Politiker. Im Juni führten Oberpräsident Schnadenburg und ich nach Weimar, wohin wir gerufen wurden, während sich Oberpräsident von Batocki bereits dort befand. Dort waren wir Zeugen der Entscheidung der entscheidenden Fragen. Die Generale hofften zwar, daß, wenn der Osten sich erheben würde, und wenn er sich dem Friedensschlusse des Reiches nicht fügen würde, daß eine militärische Erhebung erfolge würde, daß die Provinz Posen zurückerobert werden könne. Minister Heine äußerte, daß es ganz ausgeschlossen wäre, daß der Osten sich vom Reich trenne. Die Richter der Sozialdemokraten erklärten, sie würden in diesem Falle sofort den Generallstreik anordnen, und griffen die Generale hart an. Außerdem wurde erwogen, daß, wenn der Osten selbständig vorgehen würde, die Entente im Westen vorrückte und dem Gebiete schweren Schaden erleiden würden. Es wäre dann ein schwerer Akt zwischen dem Westen und Osten entstanden. Was allemal war zu schließen, daß wir etwaige Erfolge im Osten nicht hätten ausrechen können. Die Sache wäre noch schlimmer gekommen, als sie bereits war. Dieses alles brachte mich zu der Überzeugung, so schnell wie möglich von Weimar nach Brom-

berg zu fahren, um die Hochstimmung der Bevölkerung schnelligst abzubauen.

Auf General v. Below hoffte damals alles in der Deutschen Vereinigung in den deutschen Volkstürmen. Man sah in ihm den Mann, der die militärische Führung des Unternehmens leiten würde. Ich sprach ihn telefonisch. Er antwortete mir: Bitte kommen Sie nicht. Ich habe alle Kampfabsichten ausgegeben und werde auch jede Einzelaktion verhindern. Das Zentrum der Bewegung war also gewichen. Der Führer lehnte es ab, mitzumachen, ein anderer Führer aber war nicht da. In der Nacht zum 25. Juni soll nun Geheimrat Kleinow bei Herrn von Batocki und Herrn von Oppen gewesen sein und ersteren bestärkt haben, sich an die Spitze einer Bewegung zu stellen.

Herr v. Batocki bestätigte diese Aussage und fügte hinzu, daß Geheimrat Kleinow als schon abgeblasen war, noch einmal zu ihm gekommen sei und erklärt habe: er wolle den Kampf noch wagen. Man werde schon einen anderen Führer finden. Er selbst, Batocki, Herr von Oppen und ein Sozialdemokrat sollten die Regierung des neuen Staates übernehmen. Auf dieser unsicheren Basis habe er das Anerbieten ablehnen müssen. Kleinow habe ihm darauf sehr erregt gesagt, das werde in seiner, Batockis, Familienchronik ein Schandstück sein.

Höchst interessant ist, was der Angeklagte Bedemann vor Gericht als seine Auffassung über die „Lösung des Ostproblems“ beendete. Er meinte:

„Die Lösung des Ostproblems hätte Männer erfordert, die mit allen Nerven darauf trachteten, wie der deutsche Boden zu retten war. Man hätte jederzeit vor der Verwirklichung eines Planes gestanden, nach dem der ehemalige Kaiser aus Holland geholt und an die Spitze einer monarchistischen Bewegung gestellt werden sollte. Die Stimmung hierfür wäre vorhanden gewesen, v. Batocki hätte dann aber nicht mitgemacht. Er, Bedemann, habe damals gepredigt, man solle sich nicht auf v. Batocki verlassen, der Osten wäre verloren, wenn man auf ihn rechte.“

Der „Sozialdemokrat“, der die Regierung mit übernehmen sollte, war Herr August Winnig. Bedemann wurde schließlich zu 300 M. Geldstrafe verurteilt.

Durch die vorstehenden hochpolitischen Darstellungen wird die Haltung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zur Friedensfrage glänzend gerechtfertigt. Sie hat damals die Massen mobil gemacht, weil sie wußte, daß die Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages einem neuen Krieg gleichkommen wäre. Diesen Krieg hätten aber nicht die Arbeiter geführt, sondern die monarchistischen Generale. Die nationalistische Hochstimmung hätte die sozialistische Bewegung erdrückt, die Massen wären in neues Elend gestoßen worden, während im Hintergrunde des Verbrechens die drohende Gefahr eines neuen Kaiserreiches auf der Lauer lag. Das mögen sich auch diejenigen merken, die heute noch nach der hohlen kommunistischen Phrase glauben, daß damals eine neue revolutionäre Erhebung möglich gewesen wäre, wenn die U. S. P. D. nicht „versagt“ hätte. Die Aktion der U. S. P. D. im Sommer 1919 rettete Deutschland vor dem völligen Zerfall und vor der Herrschaft der Hohenzollern!

Krise in der Reichsregierung?

Einberufung einer Kabinettsitzung

Heute vormittag fand im Stenographischen Reichstagsbüro die Abstimmung über den Gesetzentwurf zur Beschleunigung der Einziehung des Reichsnotopfers statt. Was nach den Verhandlungen der letzten Tage sich ankündigte, wurde zur Tatsache. Die bürgerlichen Parteien leisteten der Verabschiedung des Gesetzes Widerstand. Bei der Abstimmung ergab sich, daß für das Gesetz nur Stimmen Zentrum, Sozialdemokraten, Unabhängige und Kommunisten. Der Abstimmung enthielten sich die Demokraten. Gegen den Gesetzentwurf stimmten Deutschnationale und Deutsche Volkspartei. Daraus erklärte der Finanzminister, daß das für die Regierung ein unerträglicher Zustand sei. Wie verkündet, ist auf 1 Uhr eine Kabinettsitzung einberufen, in der Stellung zu dieser Situation genommen werden soll.

Die Reaktion in Frankreich

Prozess gegen die Gewerkschaften

Paris, 16. Dezember. Heute nachmittag hat der Prozess gegen den Verwaltungsrat des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (C. G. T.) vor dem Strafgericht begonnen. Angeklagt sind die Gewerkschaftssekretäre Jonhau, Dumoulin, Laurent, Dapierre und Calogreth. Sie werden beschuldigt, das Gesetz über die Gewerkschaften übertreten zu haben, indem dadurch, daß sie nicht rechtmäßig gebildete Gewerkschaften aufgenommen hätten, und dann, daß sie innerhalb der Gewerkschaften Politik getrieben hätten.

Der irische Freiheitskrieg

Seit vielen Monaten erfüllen die Nachrichten aus Irland die Welt mit Schrecken und Bangen. Täglich meldet der Londoner Draht von Nord, Brandstiftungen, Einäscherungen ganzer Dörfer auf der irischen Insel. In den letzten Tagen hat der Kriegsbrand auch das englische Festland ergriffen; in Liverpool wurden Magazine und Fabriken niedergebrannt, zum Schutze von Downingstreet, dem Sitz Lord Georges und Bonar Lawes, wurden Barricaden aufgeführt. Das entsetzliche Schauspiel, das Irland bietet, ist nicht das Bild eines Aufstands, sondern eines Bürgerkrieges, des Krieges, den die Dail Eireanu, die irische Nationalversammlung, feierlich und öffentlich erklärt hat.

Siebeneinhalb Jahrhunderte lang kämpft England um die Herrschaft über Irland. Siebenmal hat England unter großer Machtanspannung Irland zu erobern versucht. Es hat seine besten Soldaten, seine wagemutigsten Söhne über den Georgsanal geschickt, um das widerspenstige irische Volk unter sein Szepter zu beugen, es gewalttätig zu englischer Ordnung und Sitte und Wesen zu zwingen. Fast den gesamten Landbesitz haben die englischen Eroberer allmählich an sich gerissen, die Iren als Pächter und Rätner geknechtet oder in die unwirtlichen Sümpfe und Moore gejagt. Aber der britische Kraftaufwand blieb vergebens; Irland beugte sich nicht. In einem kleinen Bruchteil dieses Zeitraums vermochte sich Britannien ein stolzes Weltreich zu unterwerfen, dessen ungeheurer Herrschaftsbogen das afrikanisch-asiatische Festland vom Südpol über Kairo und Bagdad bis Kalkutta umspannt, Kanada und Australien verbindet und mehr als vierhundert Millionen Menschen innerhalb seines Imperiums eint. Aber das viereinhundertmillionenförmige irische Volk auf dem irischen Eiland ist der mächtigen britischen Herrschaft widerstanden. Weder Härte noch Macht der jahrhundertelangen grausamen Vernichtungskriege noch die sanfte, liberale Periode der großzügigen Agrarreform in den beiden letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts, die dem irischen Volke den ihm geraubten Grund und Boden wiedergab, vermochte im irischen Volke den mächtigen Drang nach Freiheit und Unabhängigkeit zu ersticken. Immer aus neue flammte der nie erloschene Funken der irischen Revolution auf, deren Ziel nun die „grüne Republik“ ist, Irland als Republik die volle Freiheit zu erringen, über sein staatliches Geschick zu bestimmen.

Seit 1800, seit Irland aus einer Kolonie Britanniens zu einem im Londoner Parlament vertretenen Teil des vereinigten Reiches geworden war, kämpft das irische Volk um Homerule: Selbstregierung, Selbstverwaltung. In dem Kampfe um Homerule hüllte sich der Kampf der irischen Pächter gegen die englischen Landlords, der katholischen Arbeiter gegen die protestantischen Eindringlinge, des irischen Nationalismus gegen die englische nationale Vorherrschaft. In dem Maße, wie die sozialökonomischen Elemente des Kampfes durch die Agrarrevolution, die die Herrschaft der Landlords brach und den Grund und Boden praktisch wieder als Eigentum den Pächtern gab, abgeschwächt wurden, in dem Maße erstarkten die nationalen und religiösen Elemente des Kampfes. Homerule war zur unabweislichen Notwendigkeit geworden und wurde 1886 und 1893 versucht und schließlich erstkaft im Jahre 1906 von der zur Herrschaft gelangten liberalen Partei in der Tat vorbereitet. Im Sommer 1914 war Homerule endlich trotz des Widerstandes des Oberhauses und der Unionisten Gesetz geworden. Das Gesetz aber leitete eine neue schwere Krise ein.

Als es 1912 eingebracht wurde, hatten die zwanzig Abgeordneten der Provinz Ulster erklärt, ein irisches Parlament in Dublin nie anzuerkennen. In der Nordostküste Irlands hatte sich die Ansiedlung der ehemaligen englischen und schottischen Kolonisten zu der vollreichen, industriellen und wohlhabenden Provinz Ulster mit der großen Hafen- und Industriestadt Belfast als Zentrum entwickelt. Die Ulsterleute fühlten sich stets als Engländer, als die Nachkommen der Herrenklasse, die die Iren unterworfen und diesem armen und wilden Volke Wohlstand und Kultur gebracht hatte. Die Vorstellung, von diesem gering geschätzten, ja verachteten Widerstand auf, der überdies durch die konfessionellen Gegensätze genährt wurde. Die Iren sind Katholiken, die Ulsterleute Protestanten und Presbyterianer; sie fürchteten, daß Homerule zu Homerule, daß die Herrschaft der Iren zur Herrschaft der katholischen Kirche würde. So rüstete sich 1912 Ulster in aller Öffentlichkeit zum bewaffneten Bürgerkrieg, der von den englischen Unionisten und Militaristen offen geschürt wurde. Die Offiziere, die ausersehen waren, in Ulster mit Truppen zu landen, erklärten, unter keinen Umständen gegen die Ulsterleute zu kämpfen. Der Ausbruch des Krieges beendete vorläufig die schwere Krise. England konnte, verstrickt in den Weltkrieg, nicht gleichzeitig einen Bürgerkrieg wagen. Ein besonderes Gesetz setzte das Homerulegesetz während der Kriegsdauer außer Kraft.

Die irischen Revolutionäre erachteten indes Englands Verlegenheit als Irlands Gelegenheit: die Weltkriege sollte zum Ausgang des Entscheidungskampfes zwischen England und Irland werden. Daß es London mit der Homerule nicht ernst meine, dessen wurden sie bewußt, als sich 1916 derselbe

Lord George, der Homerule zum Gesetz erhob, mit den Todfeinden der Homerule, mit den Unionisten, verband. Zehntausend Irländer standen als Freiwillige in Waffen. Die revolutionäre Bewegung hatte das Land entflammt. Die Gelegenheit war günstig, Waffen waren zur Hand. Am Ostermontag 1916 brach der Aufstand in Dublin los. Eine Proklamation verkündete die Gründung der „Irish Republic“. Auf dem eroberten Regierungsgebäude in Dublin wurde die grüne Flagge gehißt. Jedoch nach einem acht-tägigen Kampf brach der Aufstand im überlegenen Feuer der englischen Maschinengewehre und Geschütze blutig zusammen. Die Mitglieder der provisorischen Regierung sowie alle, die mit Waffen in der Hand aufgegriffen wurden, wurden standrechtlich erschossen, alle der Rebellion Verdächtigen eingekerkert, die Presse unterdrückt; in Dublin herrschte grausam der Säbel; England verwandelte Irland in eine einzige große britische Garnisonstadt.

Seit Ostern 1916 schließt die Revolution durch Irland und seit mehr als einem Jahre wickelt sie sich in einem opferreichen, blutigen Guerillakrieg aus. Die irische Revolution in Permanenz hat Irland in der Tat zur Republik gemacht. Die Iren gehören nur der, von der englischen Regierung natürlich nicht anerkannten, Nationalversammlung und der von ihr eingesetzten Regierung, ihren Präsidenten und Verwaltungsbehörden. Diese zieht die Steuern ein, die früher der englischen Staatskasse zufflossen; sie unterhält eigene Polizeibehörden und Gerichtshöfe; sie kontrolliert vier Fünftel der gesamten Provinzialverwaltung, vier Fünftel der gesamten Gemeindevverwaltung und fast das gesamte Volksschulwesen. Die englische Regierung ist in Irland in Wahrheit machtlos. Das Homerulegesetz von 1914 hätte, wenn es damals in Kraft gesetzt worden wäre, wahrscheinlich die große Masse der Irländer befriedigt. An dem Widerstand der englischen Herrenklasse, die die Ister zum Kampf gegen das Gesetz ermutigte, ist es gescheitert. Das neue Homerulegesetz, das vor einigen Wochen vom Unterhaus in dritter Lesung beschlossen wurde und für Südirland (Dublin) und für Nordirland (Belfast) je ein Parlament schafft, dem ein gemeinsamer „Rat für Irland“ untersteht, erscheint den Iren als unannehmbar. Die Iren wollen heute eben nicht mehr Homerule, sondern völlige Unabhängigkeit und Selbständigkeit, um als souveräne Republik in vollster Freiheit ihre weitere Zugehörigkeit zum britischen Imperium zu bestimmen. Die englische Arbeiterpartei hat sich mit den kämpfenden Iren solidarisch erklärt und fordert von der Regierung die Zurückziehung aller britischen Streitkräfte aus Irland, die Übergabe der Verantwortlichkeit für die Aufrechterhaltung der Ordnung in die Hände der örtlichen Behörden jeder einzelnen irischen Gemeinde, die Wahl einer konstituierenden Nationalversammlung auf Grund des Verhältnisystems, kurz den vollen Umfang der Rechte, Freiheiten und der Unabhängigkeit, die den britischen Dominions gewährt wird. Aber der englische Imperialismus, der 1914 die Selbstständigkeitsrechte aller Nationen verkündete, verweigert sie der eigenen Nation.

Die Helfershelfer

Laß die Linke nicht wissen, was die Rechte tut

Unser Nachwort zum Prinz-Prozess hat den rechtssozialistischen Journalisten Heilmann auf die Beine gebracht. Er schreibt in seiner Korrespondenz:

„Die „Freiheit“ geheimnist in den Prozess hinein, es hätte sich herausgestellt, daß es noch unaufgeklärte Hintergründe der Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs gäbe. Das Gegenteil kann als sicher gelten.“

Herr Heilmann verfällt mit diesen Sätzen wieder in jene Manieren zurück, die er zur Zeit der glorreichen Klosterepisteln an den Tag legte. Damals war er es, der jede Schandtat der Soldateska im sozialistischen Sinne zu glorifizieren versuchte, der die wehrgezügelter Offiziere in Schutz nahm, den von Rote ausgerichteten Militärischen begeistert Liebeshymnen sang. Er hat auch das ganze Vertuschungsverfahren, das sich um den Prozess gegen die Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts gruppierte, verteidigt. Am Ende des Prozesses schrieb er sogar, die Verhandlung sei so objektiv gewesen, daß sie selbst ein revolutionäres Volksgericht nicht besser hätte führen können. Man könnte

also annehmen, Herr Heilmann verfolge eine geradlinige Politik. Aber nein, er hat auch zwischendurch eine andere Auffassung vertreten. Als der Marsoh-Prozess beendet war, wußte er zu melden:

„Die Zweifel, die sich an den Ausgang des Prozesses wegen der Ermordung Liebknechts und Luxemburgs knüpfen, werden jetzt fast zur Gewissheit verstärkt. Dort waren die Beteiligten zu der einmütigen Lage gekommen, die Schuld auf den Jäger Ronge und auf den Leutnant Vogel abzuschieben, den geisteschwachen Ronge preiszugeben und dem Leutnant Vogel ins Ausland zu helfen. Eine neue Untersuchung wird versuchen müssen, den Wall der militärischen Bürgerverschwörung zu durchbrechen und alle Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen.“

Also im Mai 1919 waren die Hintergründe der Mordtat „völlig aufgeklärt“, weil es galt, die kaiserlichen Offiziere Rostes zu schützen. Im Dezember 1919, als die Offiziere die Republik bedrohten, dämmerte Herrn Heilmann etwas von einer militärischen Lügengemeinschaft, entdeckte er, daß eine neue Untersuchung alle Schuldigen zur Verantwortung ziehen müßte. Im Dezember 1920, wo es gilt, die Regierungspolitik Scheidemanns in Schutz zu nehmen, gibt es auf einmal keine Hintergründe mehr, und wer es dennoch behauptet, ist ein Phantast. Das ist Heilmann-Politik. Grundsatz: Laß die Linke nicht wissen, was die Rechte tut!

Für etwas sind wir dem Herrn aber dankbar. Er plaudert bei dieser Gelegenheit aus, daß in jenen Tagen „zur Unterstützung der regierungstreuen Soldaten, der Kommandantur mehrere Millionen Mark zur Verfügung“ gestellt wurden. „Dieses Geld wurde durch eine sozialistische Mittelsperson in seinem gesamten Betrag dem Stadtkommandanten Fischer überhändigt, der es ordnungsmäßig verwaltete und bestimmungsgemäß verwendete. Zu Spiegel oder gar zu Nordweiden wurde davon natürlich kein Pfennig verwendet.“ So, kein Pfennig? Wie steht es dann mit der Aussage eines früheren Offiziers, der im Prinz-Prozess unter Eid sagte: Es geschahen damals in der Kommandantur allerlei Dinge, die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hatten?

Mehr Geld für Ebert

Für Ebert geht es gut. Wenn er eine Aufbesserung seiner Bezüge nötig hat, so wird ihm das Geforderte mit vollen Händen von allen Seiten bereitwillig entgegengetragen. Er hat es nicht nötig, einen schweren und opferreichen Kampf um die Verbesserung seines Gehalts zu führen. Bei der Beratung des Etats des Reichspräsidenten im Hauptausschuß des Reichstages stellten das Zentrum und die Demokraten den Antrag, die Aufwandsentschädigung von 100 000 Mark, die der Reichspräsident neben seinem Gehalt von 100 000 Mark bezieht, um weitere 100 000 Mark zu erhöhen. Die ganze Phalanx der Bürgerlichen trat in Gemeinschaft mit den Parteigenossen Eberts ohne mit einer Wimper zu zucken für die Bewilligung dieser Summe ein. Ministerialdirektor Dr. Reikner erklärte, der Präsident leiste jetzt aus seinem persönlichen Gehalt Zuschüsse zum Aufwand. Es geht dem guten Ebert also fast so schlimm, wie den im Auslande „hungernden“ Hohenzollern.

Genosse Dr. Rosenfeld erhob Einspruch gegen diese Ausgabe in einer Zeit, in der man dem Volke Sparsamkeit predigte, in der weder für die Arbeitslosen, noch zur Bekämpfung der Kindernot Mittel vorhanden seien. Er nannte Ebert einen Plahhalter für den künftigen Monarchen und erklärte daraus die Sympathien der bürgerlichen Parteien — zwar nicht für den gegenwärtigen Mann auf diesem Posten, aber doch für den Posten selbst. Und was werden, fragte Rosenfeld mit Recht, die Beamten sagen, deren Bezüge man in keiner Gehaltsklasse um auch nur annähernd 100 Prozent erhöhen will, während man dem Reichspräsidenten das Geld so an den Hals wirft. Er gab weiter zu verstehen, daß wir keine Veranlassung haben, für einen Präsidenten hohe Aufwandsentschädigungen zu bewilligen, der durch Antisiretzerordnungen das Koalitionsrecht der Arbeiter vernichtet. Rosenfeld brachte bei dieser Gelegenheit die Verordnung gegen die freitrenden Elektrizitätsarbeiter von neuem zur Sprache und forderte ihre Aufhebung.

Die Entscheidung über die Erhöhung der Aufwandsentschädigung wurde zunächst vertagt.

Erinnerungen an Beethoven

Nach dem Bericht des Baron de Trémont, Staatsrat von Napoleon

Im Jahre 1809 fuhr der Baron de Trémont nach Wien, um dem Kaiser Napoleon, der in Döbling den Krieg führte, Besuche des Staatsrates zu überbringen. Trémont war ein Musikfreund, der sich trotz seiner Staatsgeschäfte nicht davon abhalten lassen wollte, in Wien Beethoven zu besuchen. In dem Bericht, den er darüber geschrieben hat, lernen wir Beethoven von verschiedenen Seiten kennen. Wir vermissen dabei mit französischer Deutlichkeit geliebte Erinnerungen zum Beethoven-Tag und als Nachwort zu den zahlreichen Beethovenfesten, die seinen Ruhm verherrlichen haben und zum alljährlichen Fest der Beethovenfeierlichkeit werden konnten.

Bevor Trémont nach Wien fuhr, versuchte er sich ein Empfehlungsschreiben zu Beethoven zu verschaffen, da ihm bekannt war, daß Beethoven sich nur sehr schwer sprechen ließe. Er schreibt nun:

„Ich wandte mich an Reicha, der mir aber sagte: „Ich fürchte, daß mein Brief Ihnen nichts nützen wird. Seitdem Frankreich ein Kaiserreich geworden ist, betrachtet Beethoven den Kaiser und die Franzosen derart, daß er, der erste Geiger Europas, auf der Reise nach Rußland acht Tage in Wien geblieben ist, ohne von ihm empfangen zu werden. Er ist menschenscheu und oedriehlich, und um Ihnen einen Begriff davon zu geben, wie wenig Umstände er macht, wird es genügen, Ihnen zu sagen, daß die Kaiserin ihn eines morgens bitten ließ, bei ihr vorzusprechen. Er antwortete, daß er den ganzen Tag beschäftigt sein würde, aber versuchen wolle, am andern Tag zu kommen!“

Diese Auskunft gab mir die Gewißheit, daß ich mich vergeblich bemühen würde, Beethoven kennen zu lernen. Ich hatte umsonst Ursache, zu befürchten, zurückgewiesen zu werden, da ich in Wien eintrat als die Stadt durch die französische Armee zum zweiten Male beschossen wurde und ich überdies zum Staatsrate Napoleons gehörte. Dennoch begab ich mich zu dem unzugänglichen Komponisten und dachte an seiner Haustür, daß mein Tag schlecht gewählt war. Da ich später einen offiziellen Besuch zu machen hatte, trug ich die kleine Staatsratsuniform. Zudem wohnte Beethoven unglücklichweise auf dem Wall, und da von Napoleon dessen Zerstückung befohlen worden war, hatte man eine Mine unter Beethovens Fenster gelegt.

Seine Nachbarn zeigten mir seine Wohnung: „Er ist zu Hause“, sagten sie mir, „aber er hat augenblicklich keine Bedienung; denn er wechselt alle Augenblicke. Es ist zweifelhaft, ob er öffnen will.“ Ich klingelte dreimal und wollte schon fortgehen, als ein sehr häßlicher Mann in sichtbar schlechter Laune

öffnete und mich fragte, was ich wollte. „Hab ich die Ehre, Herrn Beethoven zu sprechen?“ — „Ja, mein Herr, aber ich sage Ihnen zuvor“, antwortete er deutsch, „daß ich sehr schlecht französisch verstehe.“ — „Ich verstehe deutsch nicht besser, mein Herr, aber meine Beifügung beschränkt sich darauf, Ihnen von Paris einen Brief von Herrn Reicha zu bringen.“

Er sah mich an, nahm den Brief und ließ mich eintreten. Seine Wohnung bestand, glaube ich, nur aus zwei Räumen. Der erste enthielt eine geschlossene Kutsche mit seinem Bett, war aber so klein und dunkel, daß er in dem zweiten Zimmer oder im Salon seine Toilette machen mußte.

Stellen Sie sich das Unsauberste und Unordentlichste vor: Wasserläden bedeckten den Boden; ein ziemlich alter Hügel, auf dem der Staub mit Blättern vollgeschriebener oder gedruckter Noten um den Platz stritt. Darunter — ich übertrieb nichts — ein noch nicht geleertes diskretes Gefäß. Daneben ein kleiner Tisch aus Kuchbaumholz, der daran gewöhnt war, daß das Schreibzeug darauf oft umgeworfen wurde. Ein Menge Federn voll eingetrockneter Tinte, neben denen die sprichwörtlichen Gashöfchen ausgezeichnet gewesen wären. Die Stühle hatten fast alle Strohhölzer und waren mit Kleidungsstücken und Tellern voller Reste vom Abendessen des vorhergehenden Tages bedeckt.

Ich erwartete, daß mich Beethoven nach dem Durchlesen des Briefes verabschieden und daß damit leider unsere Bekanntschaft zu Ende sein würde. Ich hatte den Bären in seinem Zwinger gesehen, das war mehr, als ich hoffen konnte. Ich war also sehr überrascht, als er mich weiter anjah, den Brief, ohne ihn zu öffnen, auf den Tisch legte und mir einen Stuhl anbot — und noch viel mehr erkannt, als er anfang, mit mir zu plaudern. Er erkundigte sich nach meiner Uniform, meinem Amt, meinem Alter, dem Zweck meiner Reise — ob ich Musiker wäre, ob ich mich in Wien aufhalten müsse. Ich antwortete ihm, daß der Brief von Reicha ihm ungefähr alles das, und zwar besser erklären würde, als es mir möglich sei.

„Nein, nein! Sprechen Sie nur“, sagte er, „aber langsam, da ich sehr schwerhörig bin; ich werde Sie schon verstehen.“ Ich machte ungläubliche Anstrengungen, mich auszudrücken, und er setzte ebenfalls allen guten Willen daran. Mit einem Wort: Wir verstanden uns, der Besuch dauerte beinahe dreiviertel Stunden und ich mußte ihm versprechen, wiederkommen zu lassen.

Ich ging folger fort, als Napoleon in Wien eingezogen war: Ich hatte Beethoven erobert! Während meines Aufenthaltes in Wien gab er mir häufig ein Stillsitzen, und für mich allein improvisierte (das heißt: phantasierte) er am Klavier bis zu zwei Stunden hintereinander.

Beethoven's Improvisationen haben mir die vielfach lebhaftesten musikalischen Erregungen in meinem Leben verursacht.

Die Bernegroße

Die hiesigen kommunistischen Organe melden triumphierend die Vereinigung der kürzlich aus der österreichischen Sozialdemokratie herausgeworfenen Stänkergruppe mit den österreichischen Kommunisten. Wie es mit dem Kommunismus in Oesterreich wirklich aussieht, zeigt das Resultat der Wiener Arbeiterratswahlen. Die Sozialdemokraten erhielten 93 Prozent, die Kommunisten 5 Prozent und die Hinausgeworfenen 1,8 Prozent der Stimmen. Dabei waren wahlberechtigt nur die politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten. Die Resultate in der Provinz werden für die Kommunisten noch ungünstiger ausfallen. Das wird aber die Kommunisten nicht abhalten, die deutschen Arbeiter weiter mit der großen „vereinigten kommunistischen Partei“ in Oesterreich zu beschwindseln.

Gleich noch ein anderer Schwindel. In England sollen sich die englischen Kommunisten ebenfalls zu einer „großen“ vereinigten Partei verbinden. Wie es damit auch dort in Wirklichkeit aussieht, zeigen die Angaben, die uns unsere Freunde von der Unabhängigen englischen Arbeiterpartei auf der Konferenz in Bern gemacht haben. Danach kann in England von einer nennenswerten kommunistischen Bewegung überhaupt keine Rede sein. Es handelt sich höchstens um 3000 Leute, die bisher in drei Parteien zerfielen, die gegenseitig mehr bekämpften als die Bourgeoisie. In Glasgow, wo die Kommunisten noch am stärksten vertreten sind, hätten ihre Kandidaten bei den Gemeindevahlen kürzlich im ganzen — 390 Stimmen erhalten, in Edinburgh 22 resp. 38 und in Manchester ganze 60 Stimmen bei 3000 Stimmen der J. L. P.!

Die Entwaffnungsaktion

Berlin, 17. Dezember

Nach Ablauf der für die freiwillige Waffenablieferung festgesetzten Frist hat der Reichs-Entwaffnungskommissar Dr. Fetscher auf Grund des Entwaffnungsgesetzes Zwangsdurchsuchungen für das ganze Reich angeordnet. Mit Vorname dieser Zwangsdurchsuchungen ist am heutigen Vormittag auch in Berlin begonnen worden, und zwar hat die Durchsuchung zunächst im Westen Berlins eingesetzt. In der nächsten Zeit werden auch andere Stadtviertel Groß-Berlins einer Durchsuchung nach Waffen unterzogen. Die Durchsuchungen erfolgen durch Kriminalbeamte der Abteilung Ia in Verbindung mit der Schutzpolizei. Der Berliner Polizeipräsident hat den Beamten bei ihren Amtshandlungen schonendstes Vorgehen zur Pflicht gemacht, vertraut aber auch darauf, daß die Bevölkerung durch vorbildliches Entgegenkommen der Polizei ihren schweren Diensten erleichtert.

Die Reaktionen werden sich um diese Anordnung nicht kümmern. Sie haben gute Verstecke und glänzende Verbindungen nach oben und nach unten.

Eine neue Mörderregierung

III. Budapest, 17. Dezember

Gestern wurde folgende amtliche Ministerliste publiziert: Premierminister: Tóth, Außenminister: Csáky (provisorisch), Vizepräsident: Graf, Innenminister: Ferdinandy, Finanzminister: Hegyesfalvi, Landwirtschaftsminister: Beloszlav, Unterrichtsminister: Vaj, Arbeitsminister: Szabo, Justizminister: Tomcsányi, die Ministerien werden aufgelöst. Diese Auflösung erfolgt auf Wunsch des Finanzministers aus Sparsamkeitsgründen. Man sieht mit Spannung der Programmrede des Ministerpräsidenten entgegen, ein fast größeres Interesse jedoch wird dem Finanzprogramm entgegengebracht, das für Montag angelegt ist.

Getreide für Oesterreich. Die Wiener Reparationskommission erhielt aus London die Verhandlung, daß 60 000 Tonnen Getreide für Oesterreich gesichert sind, die sofort zur Verfügung stehen. Oesterreich hat nur bis Ende April genügend Getreide zu seiner Ernährung.

Schweden kündigt den Handelsvertrag. Die schwedische Regierung hat den deutsch-schwedischen Handelsvertrag auf den 16. März 1921 gekündigt.

Ich kann versichern, daß man die ungeheure Tragweite seines Talents nur unvollkommen kennt, wenn man ihn nicht nach seinem Gefallen improvisieren gehört hat. In seiner stark impulsiven Art sagte er mir wiederholt, nachdem er einige Akkorde angeschlagen hatte: „Es fällt mir nichts ein, lassen wir es diesmal.“ Dann plauderten wir über Philosophie, Religion, Politik und besonders über Shakespeare, seinem Abgott, immer in einer Sprache, Deutsch-Französisch, die die Zuhörer, wenn welche dagewesen wären, zum Lachen gebracht hätte.

Beethoven war kein geistreicher Mensch, aber er war unterrichtet. Die Abgeschliffenheit seiner Eloquenz, seine Taubheit, sein öfterer Aufenthalt auf dem Lande — alles das hatte ihn veranlaßt, sich dem Studium der griechischen und lateinischen Schriftsteller und mit besonderer Begeisterung dem Shakespeare zu widmen. So war seine Unterhaltung, wenn nicht sehr anstehend, so doch wenigstens originell und merkwürdig.

War er an dem Tage, den er für eine Improvisation bestimmt hatte, gut ausgelegt, dann war er erhaben.

Ich fragte ihn, ob er nicht Frankreich kennen lernen möchte. „Ich habe es lebhaft gewünscht“, antwortete er, „bevor es sich einen Herrscher gab. Nun ist mir die Lust vergangen, denn ich möchte ich gern in Paris die Symphonien Mozarts hören, die das Konservatorium, wie ich höre, besser ausführt, als es sonstwo geschieht.“

Am kaiserlichen Hof zu Wien hielt man ihn für einen Republikaner. Weit davon entfernt, ihn zu protegieren, wußte deshalb auch der Hof niemals der Aufführung eines seiner Werke bei. Napoleon war sein Held gewesen, solange er der erste Kaiser der Republik blieb. Nach der Schlacht bei Marraigo arbeitete er an der Heldenhymne (Crotica), um sie ihm zu widmen. Sie wurde 1802 fertig, als man anfing, davon zu sprechen, daß Napoleon sich krönen lassen und danach Deutschland unterwerfen würde. Beethoven zerriß seine Widmung und übertrug seine Abneigung auf die französische Nation, die sich unter das Joch gebeugt hatte. Dennoch beschäftigte ihn die Größe Napoleons ungemein, und er sprach oft mit mir darüber. In all seiner üblen Laune erkannte ich, daß er bewunderte, wie Napoleon von so niedriger Stellung emporgestiegen war. Das Schicksal seines demokratischen Helden.

Dieser Menschenscheu hat sich auch unter das Joch der Liebe gebeugt. Man weiß nicht, wer die Gualtetta war, der er selbstschämliche Briefe schrieb; aber man mußte, daß sie bedauerlicherweise verheiratet war. Eine starke Neigung empfand er auch für die Gräfin Marie Erdödy.

Infolge des Waffenstillstandes befehlet mir Währen, wohin ich als Intendant geschickt wurde. Ich verbrachte da vier Monate. Als der Vertrag von Wien diese Provinz an Oesterreich zurückkehrte, kehrte ich nach Wien zurück, wo ich Beethoven in den alten Verhältnissen wiederfand. Ich erhielt dann den Befehl, mich sofort

